K-1 Den Fortschritt selbst in die Hand nehmen!

Gremium: 57. Bundeskongress
Beschlussdatum: 21.10.2023
Tagesordnungspunkt: K Solidarität grenzenlos!

Antragstext

Das letzte Jahr war hart: Preissteigerungen, Mieterhöhungen, explodierende Heizkosten, aber stagnierende Löhne, Bafög-Sätze und Ausbildungsvergütungen. Gleichzeitig haben immer mehr Menschen Angst vor den Auswirkungen der Klimakrise und ihrer persönlich unsicheren Zukunft ohne rosige Perspektiven. Dieser Zustand ist kein Zufall, sondern ein Produkt der liberalen Ampel-Politik, die die soziale Frage außen vor lässt und die Klimakrise nicht ernst nimmt. So frustrierend das auch ist, so klar ist auch: Genauso wie dieser Zustand durch die politischen Umstände zu erklären ist, ist er auch veränderbar.

Die Ampel regiert auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner.

Vor zwei Jahren ist die Ampel als selbsternannte Fortschrittskoalition angetreten. Heute müssen wir feststellen, dass von Fortschritt nicht viel übrig geblieben ist. Große Vorhaben der Ampel wurden so weit abgeschliffen bis von ihnen kaum noch etwas übrig ist. Die Ampel plant so wenig Geld für die Kindergrundsicherung ein, dass es unklar ist, wie Kinderarmut damit ernsthaft angegangen werden soll. Die Ausbildungsgarantie lässt weiterhin tausende junge Menschen ohne Ausbildungsplatz zurück. Die Bafög-Reform fällt Lindners Sparkurs zum Opfer. Der Mindestlohn wird nur im Cent-Bereich angepasst. Das Bürgergeld ist eine schlechte Kopie von Hartz IV. Während der vorgezogene Kohleausstieg im Rheinland dank des skandalösen Deals mit RWE nicht die Emissionsminderungen bringen wird, die nötig wäre, gibt es für den Strukturwandel im Osten immer noch keinen Plan, in den die Menschen vor Ort Vertrauen setzen. Gleichzeitig verpasste die Regierung die Chance, ihr beliebtestes Klimaprojekt, das 9€-Ticket, fortzuführen.

Die Ampel ist eine Regierung des kleinsten gemeinsamen Nenners und mit diesem kleinen Nenner lassen sich kaum gemeinsame Interessen finden. Appelle an die Ampel, man solle sich weniger streiten und einiger auftreten, sind absurd, denn wer kaum etwas gemein hat, der ist zum Streiten verdammt.

Solange die Ampel aber die soziale Frage ausspart, verlagern sich die gesellschaftlichen Konflikte von „unten vs. oben“ zu „innen vs. außen“. Rechte

nutzen diese gesellschaftliche Stimmung und spielen die Ärmsten gegeneinander aus. Darunter leiden oft vor allem marginalisierte Gruppen: Rassismus nimmt zu und die gesellschaftliche Stimmung gegenüber Flüchtenden kippt immer weiter. Anstatt sich für Antidiskriminierung stark zu machen, gießen Konservative und Liberale Wasser auf die Mühlen der Rechten. Die gemeinsame Abstimmung der CDU- und FDP-Fraktion im Thüringer Landtag machte deutlich, wie sehr die Brandmauer zur AfD bröckelt. Gleichzeitig sollen immer mehr Ländern zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden, was tausende Menschen wissentlich in Gefahr bringt. Diese Entwicklungen sind ein Sicherheitsrisiko für Menschen auf der Flucht und hier vor Ort. Das nehmen wir nicht hin!

Die von rechts angeheizte Konkurrenz zwischen den Ärmsten ist eine logische Konsequenz unsozialer Politik und führt dazu, dass gesellschaftlichen Mehrheiten für Klimaschutz, Solidarität oder gesellschaftspolitische Errungenschaften bröckeln. Während Rechte mit ihren Kulturkämpfen die gesellschaftliche Stimmung kippen wollen, stehen wir zusammen.

Außerdem erleben wir, wie die gesellschaftliche Stimmung, angeheizt durch konservative und rechtspopulistische Kräfte, kippt. Aus einfachen Parolen entstehen tätliche Angriffe auf politisch Aktive, wie beispielsweise in den Landtagswahlkämpfen in Bayern und Hessen. Selbst das unfassbare Verhalten von Hubert Aiwanger im Umgang mit dem antisemitischen Flugblatt wird in dieser aufgeheizten Stimmung zum Kulturkampf und das Festhalten an ihm als Minister widerspricht allen bisherigen Grenzen. Dieser gesellschaftlichen Spaltung wollen wir entgegenwirken.

Vernünftig und gerecht wäre, diejenigen zu besteuern, die in den letzten Jahren Übergewinne gemacht haben, Millionen mit Mieteinnahmen verdient haben und deren Millionenvermögen selbst in der Krise weiter gewachsen sind. Stattdessen werden Empfänger*innen von Bürgergeld gegen Geringverdiener*innen und in Armut lebende Rentner*innen gegen Asylbewerber*innen ausgespielt.

Es braucht eine andere Politik!

Angesichts dieser Entwicklungen bräuchte es dringend eine andere Politik, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert und somit allen ein gutes Leben ermöglicht. Dafür fordern wir:

- **Tax the rich!** Während die Superreichen immer reicher werden, können wir uns nicht mehr als Nudeln mit Pesto leisten. Das darf so nicht sein:Wir können uns die Superreichen nicht mehr leisten! Wir fordern eine echte Millionärssteuer! Für eine gerechte Besteuerung müssen alle Wege in Betracht gezogen werden: Vermögen, Einkommen und Erbschaft.

- Die Schuldenbremse ist eine Zukunftsbremse - und noch dazu ökonomisch vollkommen unvernünftig. **Die Schuldenbremse gehört ersatzlos abgeschafft**,

stattdessen brauchen wir sofort massive Investitionen in eine klimagerechte Zukunft.

- **Kommunen und Demokratieförderung stärken!** Für das Gute Leben vor Ort braucht es mehr Geld! Nur so kann es lebendige Jugendzentren, Sport und Kulturangebote, eine würdevolle Unterbringung für Geflüchtete, Integration und bezahlbaren Wohnraum und gerechten Klimaschutz vor Ort geben. Deswegen müssen die Kommunen endlich von ihren lähmenden Altschulden befreit werden und dauerhaft viel größere finanzielle Spielräume erhalten. Die chronische Unterfinanzierung von Jugendarbeit und Demokratieförderung im Projektstil muss ein Ende haben - Institutionen, Vereine und Initiativen, die dem solidarischen Miteinander dienen, müssen dauerhaft und verlässlich finanziert werden.

- **Eine Mega-Offensive in Bus und Bahn**! Fahrpläne werden zusammengekürzt, Bus- und Bahnfahrer*innen arbeiten unter schlechten Bedingungen und niedrigen Löhnen und nicht mal für das 49€-Ticket ist die langfristige Finanzierung gesichert. Um diesen Umstand zu ändern, brauchen wir dringend mindestens 16 Milliarden Euro zusätzlich pro Jahr für den ÖPNV und eine Verdopplung des Bus- und Bahnagebots bis 2030!

- **Das Klimageld muss sofort kommen!** Gerade in Zeiten, in denen gesellschaftliche Mehrheiten für Klimaschutz auf der Kippe stehen, müssen die Menschen für den steigenden CO2-Preis ausreichend entlastet werden. Das Klimageld darf nicht zum nächsten ausgehöhlten Ampel-Projekt werden!

- **Bezahlbarer Wohnraum für alle!** Während die Mietpreise weiter explodieren und die Wohnungsnot nicht bekämpft wird, machen Wohnungskonzerne und ihre Aktionäre dicke Gewinne. Damit muss Schluss sein! Deshalb fordern wir einen bundesweiten Mietendeckel und eine Offensive bei kommunalem und genossenschaftlichem Wohnungsbau. Wohnen ist ein Grundrecht und damit sollte niemand Profit machen dürfen. Deshalb darf Wohnen nicht dem Markt überlassen werden. Große Wohnungskonzerne gehören vergesellschaftet!

- **Ausbildungsvergütung und Bafög an die Inflation anpassen!** Wir haben ein würdevolles Leben verdient, auch in Zeiten unserer Ausbildung.

- **Mindestlohn auf 15 Euro anheben:** Die 41 Cent Erhöhung sind blanker Hohn.

Ein gutes Leben ist möglich – wenn wir es uns erkämpfen!

Wir wissen: Die richtigen Forderungen zu haben, reicht nicht aus. Wir können uns nicht darauf verlassen, dass die Ampel von alleine ihre Politik ändert. Deshalb nehmen wir es selbst in die Hand und organisieren den Druck, der für eine gerechte Politik notwendig ist! Im kommenden Jahr machen wir das hauptsächlich mit zwei großen Projekten:

- Wir stellen zu den **Kommunal-, Landtags- und Europawahlen im Jahr 2024** die Verteilungsfrage! Als Grüne Jugend werden wir die Wahlen nutzen, um unsere Forderungen auf die Straße und in unsere Nachbarschaft zu tragen und dort mit vielen neuen, jungen Menschen ins Gespräch zu kommen – darüber, was sie frustriert, was wir für ein gutes Leben brauchen und dass wir es gemeinsam erkämpfen können. So begeistern wir junge Menschen, mit uns gemeinsam politisch aktiv zu werden. **Wir wollen mehr werden!**

- Wir sind überzeugt davon, dass wir uns mit vielen hinter unseren gemeinsamen Interessen verbünden können. Deshalb suchen wir in den nächsten Wochen und Monaten den gemeinsamen Schulterschluss mit der Klimabewegung und den Beschäftigten im Nahverkehr in der Kampagne **#WirFahrenZusammen**. Zusammen setzen wir uns für massive Investitionen in den ÖPNV ein und unterstützen die Beschäftigten in ihrem Arbeitskampf, in dem wir ihnen die dringend notwendige Solidarität organisieren.

Wir können und werden nicht weiter dabei zusehen, wie die Ampel keine soziale Politik macht findet und massenhaft besorgte Menschen zurücklässt. Wir wissen, dass ein gutes Leben für alle möglich ist und dass wir es uns gemeinsam erkämpfen müssen. Dafür werden wir im Kampagnenjahr 2024 und im #WirFahrenZusammen-Winter auf die Straße gehen und bei uns vor Ort aktiv sein!